

Wettbewerbspolitik

Der ökonomische Ansatz in der europäischen Wettbewerbspolitik

Unter dem früheren EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti wurde ein Reformprozess angestoßen, der inzwischen dazu geführt hat, dass die Europäische Wettbewerbspolitik zunehmend von Ökonomen und Juristen gemeinsam gestaltet wird. In diesem Zusammenhang führte Monti die inzwischen institutionalisierte Rolle des *Chief Economist* bei der Generaldirektion Wettbewerb ein. Was sind die Hintergründe?

Unter dem Begriff „more economic approach“ versteht man einen Trend in der europäischen Wettbewerbspolitik, die bestehende Rechtspraxis im Lichte moderner ökonomischer Theorien zu betrachten. Dabei werden Marktbeherrschungskennzahlen, wie sie zum Beispiel das Deutsche Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB § 19) kennt, stärker hinsichtlich ihre Wirkungen auf die betroffenen Märkte und Verbraucher analysiert. Liegt nach dem GWB zum Beispiel eine *Oligopolvermutung* vor, wenn zwei oder drei Unternehmen zusammen die Hälfte des Marktes beherrschen oder vier oder fünf Unternehmen zusammen 2/3 des Marktes, so fokussiert der „more economic approach“ auf die konkrete Auswirkung einer Fusion auf die betroffenen Verbraucher.

Der „more economic approach“ basiert auf dem robusten ökonomischen Verständnis von Märkten und befasst sich vor allem mit seiner empirischen Überprüfung. Dabei sind es im Wesentlichen vier Merkmale, die den „more economic approach“ ausmachen:

Erstens wird durch eine grundsätzliche Formulierung einer robusten ökonomischen Theorie ein Analyserahmen vorgegeben – die so genannten „theories of harm“. Dies ist notwendig, um plausible von unplausiblen Missbrauchstatbeständen zu unterscheiden. Zweitens werden über die „theories of harm“ Schadensvermutung hergeleitet und die notwendige empirische Überprüfung ausgerichtet. So können zum einen unplausible Fälle frühzeitig identifiziert werden, zum anderen kann die Beweiserhebung zielgerichteter erfolgen. Drittes Merkmal des „more economic approach“ ist dann die konkrete empirische Überprüfung. Hier geht es in erster Linie darum, zu überprüfen, welche „theory of harm“ mit den beobachtbaren Informatio-

nen – wie Marktkonzentration, Anzahl der Firmen, Eigenschaften der Nachfrage sowie strategisches Verhalten der Firmen im Markt – konsistent ist. Soweit möglich soll dies anhand eines Vergleichs der faktischen Situation mit einer „was wäre, wenn es nicht so wäre“-Situation vorgenommen werden, zum Beispiel eines Marktergebnisses mit und ohne Fusion oder mit und ohne wettbewerbswidriges Verhalten. Schließlich umfasst der Ansatz viertens eine breite Palette von Analysemethoden und hinterfragt die Robustheit der Ergebnisse kritisch.

Neben diesen methodischen Anforderungen des ökonomischen Ansatzes der europäischen Wettbewerbspolitik sind auch erhöhte Präsentations- und Kommunikationsleistungen erforderlich, soll der Ansatz in der wettbewerbsrechtlichen Praxis relevant werden. Insbesondere muss eine ausreichende Dokumentation der Methodik und der Datenquellen vorliegen sowie die Annahmen der Analyse offen gelegt und verständlich formuliert werden.

Darüber hinaus stellt sich auf einer anderen, nicht weniger ökonomischen Ebene die Frage, wie ökonomisch der „more economic approach“ wirklich ist? – Um die ökonomische Effizienz des „more economic approach“ beurteilen zu können, sind seine Kosten und Nutzen nüchtern zu vergleichen. Potenziell stehen sich hier der Nutzen einer besseren Treffsicherheit und die höheren Verfahrenskosten sowie Kosten durch weniger Rechtsicherheit für die Unternehmen gegenüber.

Dient der „more economic approach“ dazu, allgemeingültige „per se“ Regeln im Lichte moderner ökonomischer Theorien zu verbessern, so treten hierbei – zumindest langfristig – keine höheren Verfahrenskosten und weniger Rechtssicherheit auf. Werden hingegen im Rahmen des „more economic approach“ verstärkte diskretionäre Einzelfallentscheidungen entsprechend der „rule of reason“ getroffen, so kann dies auch zu höheren Verfahrenskosten und weniger Rechtssicherheit für die Unternehmen führen, die nun wettbewerbsrechtliche Entscheidungen schlechter antizipieren können. Ob dies der Fall ist, hängt dann nicht zuletzt von der entscheidenden Behörde ab.

KERNAUSSAGEN

- Analyse wettbewerbsrechtlicher Fragestellungen mit Hilfe moderner ökonomischer Methoden
- Einsatz des „more economic approach“ zur Verbesserung allgemeingültiger „per se“-Regeln
- Verständliche Dokumentation und Kommunikation der Methodik, der Datenquellen und der Annahmen der wettbewerbsrechtlichen Analyse
- Nüchterne Beurteilung der ökonomischen Effizienz des „more economic approach“ anhand der Kosten und Nutzen

Dieses Statement entstand auf Grundlage des Hayek-Kreis-Meetings „Der ökonomische Ansatz in der europäischen Wettbewerbspolitik“ mit Prof. Lars-Hendrik Röller, PhD (Präsident der European School of Management and Technology) am 8. September 2008 am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

Impressum

Hayek-Kreis
Gesellschaft für Politikberatung e.V.

Poststraße 12
10178 Berlin

www.hayek-kreis.de